

Antragsbuch

mit den Beschlüssen der Delegierten

des SPD Berlin-Kreis 12 Reinickendorf

zur Kreisdelegiertenversammlung (KDV) am 4. April 2025

im Romain-Rolland-Gymnasium, Berlin-Reinickendorf

Fassung vom 17.04.2025

Inhaltsverzeichnis

1. Soziales, Inklusion & Bürgerrechte

- **Antrag 01:** Wasserversorgung obdachloser Menschen im Sommer sicherstellen! 3
- **Antrag 02:** Bessere Gehwege für mehr Inklusion! 4
- **Antrag 03:** Bürgerfreundliche Stadtplanung in Reinickendorf. 5
- **Antrag 04:** Notwendige Infrastruktur mitplanen. 5
- **Antrag 05:** Tischtennisplatten als Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche in Berlin-Frohnau schaffen! 6
- **Antrag 06:** Arbeitsmöglichkeiten für Asylsuchende und Geduldete erleichtern. 7
- **Antrag 07:** ~~Besetzung des Bezirksamtes nach Fraktionsproportz durch Höchstzahlverfahren abschaffen.~~ 8
- **Antrag 08:** Social-Media-Accounts – einer für alle, alle für einen! 9

2. Bildung & Jugend

- **Antrag 09:** Schwimmunterricht in den Schulen stärker fördern und verbessern. 10
- **Antrag 10:** Konsequenter Jugendschutz für die „Sozialen Netzwerke“ – Altersverifizierung als Nutzungsvoraussetzung. 12
- **Antrag 11:** Politische Bildung stärken: Keine Schaukastengebühren für Parteien. 13

3. Gesundheit & Verbraucherschutz

- **Antrag 12:** Wo Alkohol drin ist, muss auch Alkohol draufstehen. 14
- **Antrag 13:** Sanktion bei ungerechtfertigter Schadenablehnung. 15

4. Wirtschaft & Finanzen

- **Antrag 14:** Senkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie. 16
- **Antrag 15:** Verpackungssteuer in Berlin einführen. 17
- **Antrag 16:** Mietkaufoption für staatlich finanzierte Neubauwohnungen prüfen (zur Altersversorgung). 18
- **Antrag 17:** Lokalen Einzelhandel stärken – gegen die Verödung von Einkaufsstraßen. 19

5. Verkehr & Mobilität

- **Antrag 18:** Großveranstalter an Polizeikosten beteiligen. 21
- **Antrag 19:** ÖPNV-Nutzung für Kitagruppen vereinfachen. 22
- **Antrag 20:** ÖPNV stärken – Einnahmen erhöhen: Höhere Nutzungsgebühren für E-Scooter-Betreiber. 23
- **Antrag 21:** Berliner Norden weiterhin direkt mit dem Flughafenexpress an den BER anbinden! 24

6. Klima, Umwelt & Energie

- **Antrag 22:** Pilotprojekt Kiez-Klimabonus starten. 25
- **Antrag 23:** Wohnen und energiebewusstes Heizen. 27
- **Antrag 24:** Verkaufsverbot von privatem Feuerwerk etablieren. 28
- **Antrag 25:** Öffnungsklausel im Sprengstoffrecht. 29

7. Initiativanträge

- **Initiativantrag 01:** Nichtmilitärischen Friedenssicherung in den Koalitionsverhandlungen. 29
- **Initiativantrag 02:** Aufstellung von Schaukästen der politischen Parteien auf öffentlichem Straßenland von Gebühren befreien. 30
- **Initiativantrag 03:** Geflüchtete Menschen menschenwürdig unterbringen, Infrastruktur für alle stärken 31
- **Initiativantrag 04:** Demokratiefördergesetz. 32

1 **Antrag 1 (ANNAHME)**2
3 **Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Jusos Reinickendorf**
4 **Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**
5 **Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**6
7 **Wasserversorgung obdachloser Menschen im Sommer sicherstellen!**8
9 Durch immer wärmer werdende Sommermonate in einer Stadt, die nicht für diese hohen
10 Temperaturen konzipiert ist, wird diese Zeit für uns alle, aber insbesondere für obdachlose
11 Menschen, auch körperlich belastender. Obdachlose Menschen haben, wie auch im Winter, nicht
12 die Möglichkeit, sich ausreichend vor den Temperaturen zu schützen. Zwischen Häusern auf
13 betonierten Wegen staut sich die heiße Luft bis spät in die Nacht. Zudem treten Tropennächte mit
14 fortschreitendem Klimawandel immer häufiger auf.15
16 Gerade im Sommer ist eine ausreichende Flüssigkeitsaufnahme besonders notwendig. Laut
17 Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. sollten Erwachsene bei hohen
18 Temperaturen zwei bis drei Liter Wasser trinken. Flüssigkeitsmangel macht sich körperlich und
19 geistig schnell bemerkbar: Unser Wasserhaushalt beeinflusst unsere Körpertemperatur und
20 unseren Blutdruck und die typischen Symptome wie Müdigkeit, Schwäche und Schwindel sind uns
21 allen bekannt. Dazu kommen Kopfschmerzen und eine geminderte Konzentrationsfähigkeit sowie
22 Leistungsfähigkeit. Flüssigkeitsmangel bildet somit ein Einfallstor für weitere Krankheiten. Für
23 ohnehin schon geschwächte, obdachlose Menschen ist ein solcher Mangel umso gefährlicher.24
25 Die Beschaffung von ausreichend Flüssigkeit stellt zu dem ohnehin schon harten Leben auf der
26 Straße eine weitere Belastung dar. Deswegen braucht es konkrete, politische Antworten, welche
27 niedrigschwellig Obdachlosen den Zugang zu Wasser ermöglichen.28
29 **Deshalb fordern wir die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus sowie die SPD geführten**
30 **Senatsverwaltungen zu folgenden Maßnahmen auf:**

- 31
-
- 32 1. Die umgehende Reparatur kaputter Trinkwasserbrunnen in Berlin
-
- 33
-
- 34 2. Den Ausbau von Trinkwasserbrunnen in Berlin
-
- 35
-
- 36 3. Eine Überprüfung, ob Trinkwasserbrunnen auch außerhalb der Sommermonate weiterlaufen
-
- 37 können.
-
- 38
-
- 39 4. Alle Gastronomiebetriebe dahingehend zu verpflichten, Bedürftigen auf Nachfrage
-
- 40 kostenloses Trinkwasser zur Verfügung zu stellen. Dies soll möglichst niedrigschwellig
-
- 41 erfolgen, um soziale Hürden abzuschwächen.

44 Letzteres wurde durch den gemeinnützigen Verein a tip: tap und dem Refill-Netzwerk bereits
45 angestoßen. Teilnehmende Einrichtungen mit klaren Öffnungszeiten ermöglichen das kostenlose
46 Auffüllen mitgebrachter Gefäße mit Trinkwasser. Hieran anknüpfend soll das Konzept auf ganz
47 Berlin ausgeweitet werden, um eine ausreichende Trinkwasserversorgung Bedürftiger
48 sicherzustellen. Langes Suchen einer teilnehmenden Einrichtung wird durch eine gesetzliche
49 Verpflichtung aller Gastronomiebetriebe verhindert.
50

51 Dass dies nur eine geringfügige Verbesserung der Situation obdachloser Menschen ist, ist klar.
52 Gleichzeitig lässt sich so relativ einfach die Lebenssituation dieser Gruppe verbessern. Unsere
53 weitergehenden, vergangenen Beschlüsse zum Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit bleiben
54 von diesem Antrag unberührt.
55

56 **Antrag 2 (ANNAHME)**

57 **Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

58 **Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:**

60 **Bessere Gehwege für mehr Inklusion!**

62 Die SPD-Fraktion der BVV Reinickendorf wird beauftragt, einen Antrag an das Bezirksamt mit
63 folgenden Punkten zu formulieren:

- 64
- 65 1. Eine umfassende Überprüfung der Gehwege in Reinickendorf in Zusammenarbeit mit den
66 zuständigen Behörden.
 - 67 2. Die zeitnahe Durchführung notwendiger Reparaturen und Sanierungsmaßnahmen,
68 insbesondere zur Verbesserung der Barrierefreiheit (z. B. Absenkung von Bordsteinen,
70 Beseitigung von Unebenheiten).
 - 71 3. Eine umweltschonende Verbesserung, z.B. durch den Einsatz von Bewegungssensoren, um
73 die Sicherheit in den Abend- und Nachtstunden zu gewährleisten.
 - 74 4. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Sicherheit aller Fußgängerinnen und Fußgänger –
76 insbesondere von Menschen mit Behinderungen – zu erhöhen und Reinickendorf zu einem
77 barrierefreien und lebenswerten Ort für alle Bewohnerinnen und Bewohner zu machen.

78

79 **Begründung:**

81 Die derzeitige Situation der Gehwege stellt insbesondere für ältere und körperlich eingeschränkte
82 Personen eine ernsthafte Gefahr dar. Zusätzlich verschärft sich das Problem in der dunklen
83 Jahreszeit durch mangelhafte Beleuchtung. Diese unzureichende Infrastruktur schränkt die
84 Bewegungsfreiheit von körperlich beeinträchtigten Menschen massiv ein und führt zu einem
85 Empfinden des Ausgeschlossenseins.

88 **Antrag 3 (ANNAHME)**

89 Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau

90 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:

91

92 Bürgerfreundliche Stadtplanung in Reinickendorf.

93

94 Mit dem Ziel sozial ausgewogene Wohnquartierentwicklung verstärkt umzusetzen, wird die SPD-
95 Vertretung im Senat aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Ausweitung des Vorkaufsrechts
96 für Kommunen für Grundstücke einzusetzen.

97

98 **Begründung:**

99

100 Immer wieder bauen Investoren trotz gegenteiligen Zusicherungen am Bedarf der Bürger*innen in
101 Berlin vorbei, teure Eigentums- und/oder überteuerte Mietwohnungen. Dabei halten sie sich
102 oftmals mit Tricks nicht an die von staatlicher Seite vorgegebenen Vorgaben, wie z.B. Wohnraum
103 für sozial Benachteiligte, da ihnen leichtfertig und ohne rechtlich wirksame Vorgaben Grundstücke
104 sowie Bauförderung zugestanden wurden. Schlechtes Beispiel: Wohnquartier Heidestraße. Dazu
105 kommt, dass immer weniger die Stadtplanung in den Bezirken sich an den Interessen der
106 BürgerInnen orientiert, daher ist es notwendig hier neue Wege zu gehen, die Planungskompetenz
107 in die Bezirke zu verlagern, so noch nicht geschehen sowie fachliche Expertise in Form von
108 Unterstützung durch Universitäten und Fachhochschulen für eine zukunftsorientierte
109 Stadtplanung im Bezirk zu holen. Dann ist es auch möglich, durch ein Vorkaufsrecht Bedingungen
110 an Neubau und Errichtung von Wohnquartieren zu stellen, die lebenswert sind. Wichtig ist hier,
111 auf eine gute soziale Mischung zu achten, damit keine sozialen Brennpunkte entstehen.

112

113 Damit das zeitnah umgesetzt wird, ist es erforderlich, ab sofort freiwerdende Grundstücke durch
114 den Bezirk aufzukaufen bzw. sich ein Vorkaufsrecht zu sichern, um so in kleinen Schritten zu
115 beginnen, die immer wieder nachjustiert werden können.

116

117 **Antrag 4 (ANNAHME)**

118 Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau

119 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,

120 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

121

122 **Notwendige Infrastruktur mitplanen.**

123

124 Die SPD möge sich dafür einsetzen, dass Umbau- und Neubauvorhaben in den Berliner Bezirken,
125 nur dann genehmigt werden, wenn dafür die notwendige Infrastruktur, wie neue Kitas, Schulen,
126 Versorgungszentren, Anbindung an den ÖPNV sowie Begegnungsplätze wie Parks mit eingeplant
127 werden.

128

129

130

131

132 Im Besonderen sind Flächen für „Dritte Orte“ freizuhalten wie Cafés oder andere kleine
133 Einzelhandelnde, welche jahreszeit- und wetterunabhängig Begegnungsräume bieten und aus
134 einem Wohn- ein Lebensquartier machen. Besonders in den Erdgeschossen von neuen
135 Wohngebäuden sind daher ausgewählte Flächen für Gewerbetreibende miteinzuplanen.
136

137 **Begründung:**

138 Eine reine Orientierung auf den Wohnungsbau lässt keine lebenswerten Wohnquartiere
139 entstehen, sondern fördert, durch Isolierung als reine Wohn-Schlafquartiere, die soziale
140 Segregation und damit soziale Brennpunkte. Damit Wohnquartiere lebenswert für alle Schichten
141 in der Bevölkerung sind, ist es dringend erforderlich neben einer sozialen Mischung auch die
142 erforderliche Infrastruktur zu schaffen, angefangen von ÖPNV-Anbindung bis hin zu
143 Bildungseinrichtungen für Kinder und Begegnungsplätze/-einrichtungen für Jugendliche und
144 Erwachsene. Stadtplanungskonzepte sind daraufhin gemeinsam mit der Expertise von
145 Universitäten und Fachhochschulen zu erstellen. Die Beispiele des sozialen Brennpunkts
146 Märkisches Viertel in Reinickendorf sowie andere, z.B. in Marzahn zeigen, wie wichtig eine direkte
147 Anbindung an den ÖPNV ist. Aber auch die fehlende soziale Infrastruktur wird nur bedingt
148 aufgefangen durch zivilgesellschaftliche Initiativen. Gute Kitas und Schulen, mit einer guten
149 Ausstattung, auch mit Lehrenden sowie eine gute Ausstattung an Versorgungszentren würde
150 beispielsweise das Märkische Viertel wieder zu einem attraktiven Ort, auch für Familien machen,
151 die nicht allein auf den sozialen Wohnungsbau angewiesen sind, aber dennoch bezahlbare
152 Wohnungen in einem attraktiven Umfeld suchen.
153

154 **Antrag 5 (ÜBERWEISUNG an BVV-Fraktion)**

155 Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau

156 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:

158 **Tischtennisplatten als Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche in Berlin-Frohnau
159 schaffen!**

161 Die Errichtung von zwei fest installierten Tischtennisplatten auf den Frohnauer Plätzen für die
162 aktive Freizeitgestaltung von Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen.
163

164 **Begründung:**

166 Warme Temperaturen und schönes Wetter zeigen immer wieder, welch hohen Stellenwert die
167 Frohnauer Plätze für Reinickendorfs und insbesondere Frohnaus Jugend haben. Gerade in den
168 Sommermonaten finden sich ab dem Nachmittag täglich eine Vielzahl Jugendlicher auf dem
169 Zeltinger und Ludolfinger Platz wieder, um das schöne Wetter an der frischen Luft und im Grünen
170 zu verbringen. Doch im Gegensatz zu anderen Orten mit einem ähnlichen Stellenwert für Berlins
171 Jugend (bspw. Mauerpark, Gleisdreieck, Tegeler Malche oder Rathausplatz Hohen Neuendorf) fehlt
172 es den Frohnauer Plätzen an Freizeitangeboten für diese Zielgruppe.
173
174
175

176 Dieses Freizeitangebot können für den Anfang zwei festinstallierte Tischtennisplatten aus Stein
177 sein, welche in einem geeigneten Bereich auf einem der Frohnauer Plätze aufgebaut werden.
178
179 Diese Investition hat zum Vorteil, dass junge Menschen weiterhin den Aufenthalt und die
180 Atmosphäre an den Frohnauer Plätzen und an der frischen Luft genießen. Des Weiteren sorgen die
181 Tischtennisplatten dafür, dass schon mit einer günstigen Ausrüstung für eine aktive
182 Beschäftigungsmöglichkeit gesorgt ist, welche Jugendliche zudem davon abhalten, kann andere,
183 weniger harmlose Dinge zu tun.
184
185 **Antrag 6 (ANNAHME)**
186 **Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Jusos Reinickendorf**
187 **Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**
188 **Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,**
189 **Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:**
190
191 **Arbeitsmöglichkeiten für Asylsuchende und Geduldete erleichtern.**
192
193 Wir sind überzeugt: Arbeit ist für die Integration ein zentraler Schlüssel. Wer arbeitet, lernt
194 schneller die Sprache, findet Anschluss in der Gesellschaft und trägt aktiv zum Zusammenhalt bei.
195 Deshalb müssen wir uns aktiver dafür einsetzen, dass Asylsuchende so früh wie möglich eine
196 Chance auf Arbeit bekommen.
197
198 Die SPD hat bereits Hürden abgebaut und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert – doch es gibt
199 noch mehr zu tun. Anstatt Menschen in Unsicherheit und Perspektivlosigkeit zu lassen, wollen wir
200 ihnen ermöglichen, ihre Fähigkeiten einzubringen. Das hilft nicht nur den Betroffenen, sondern
201 auch unserer Wirtschaft, die dringend Arbeitskräfte braucht.
202
203 Aktuell dürfen Asylbewerber*innen in den ersten drei Monaten nach der Ankunft in Deutschland
204 keiner Arbeit nachgehen. Danach kann erst eine Beschäftigungserlaubnis beantragt werden, falls
205 keine Verpflichtung besteht, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Diesem Antrag müssen
206 meistens das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die Bundesagentur für Arbeit
207 zustimmen. Dieses Verfahren sorgt dafür, dass den Menschen unnötig hohe bürokratische Hürden
208 bereitet werden, um überhaupt die Möglichkeit zu bekommen, einer Arbeit nachgehen zu dürfen.
209
210 **Wir fordern daher:**
211
212 Asylsuchende und Geduldete sollen eine generelle Arbeitserlaubnis erhalten. Bei Anhaltspunkten,
213 die gegen eine Arbeitserlaubnis sprechen, soll dann die Möglichkeit für das BAMF oder die
214 Bundesagentur für Arbeit bestehen, diese nachträglich wieder zu entziehen.
215
216
217
218
219

220 **Antrag 7 (RÜCKNAHME durch Abteilung)**
221 **Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**
222 **Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**
223 **Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**
224
225 **Besetzung des Bezirksamtes nach Fraktionsproportz durch Höchstzahlverfahren abschaffen.**
226
227 Um die fachliche gesamtstädtische Steuerung flächendeckend zu stärken sowie eine einheitliche
228 Verwaltungsarbeiten in den Bezirken zu gewährleisten, setzt sich die SPD Berlin und die SPD ACH-
229 Fraktion dafür ein, dass das Bezirksverwaltungsgesetz im laufenden Gesetzgebungsprozess zur
230 Verwaltungs- und Verfassungsreform im Land Berlin wie folgt geändert wird:
231
232 Der Bezirksbürgermeister oder die Bezirksbürgermeisterin wird mit der Mehrheit der Mitglieder
233 der Bezirksversammlung für die Dauer der Legislaturperiode des Abgeordnetenhaus von Berlin
234 gewählt. Kommt eine Wahl nach Satz 1 nicht zustande, so findet ein zweiter Wahlgang statt.
235 Kommt die Wahl auch in diesem Wahlgang nicht zustande, so ist gewählt, wer in einem weiteren
236 Wahlgang die meisten Stimmen erhält.
237
238 Die weiteren Bezirksamtsmitglieder werden jeweils mit der Mehrheit der Mitglieder der
239 Bezirksversammlung für die Dauer der Legislaturperiode des Abgeordnetenhaus von Berlin
240 gewählt. Kommt eine Wahl nach Satz 1 nicht zustande, so findet ein zweiter Wahlgang statt.
241 Kommt die Wahl auch in diesem Wahlgang nicht zustande, so ist gewählt, wer in einem weiteren
242 Wahlgang die meisten Stimmen erhält.
243
244 Bezirksamtsmitglieder müssen die für ihr Amt erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen
245 und eine ausreichende Erfahrung für dieses Amt nachweisen.
246
247 **Begründung:**
248
249 Bisher wird das Bezirksamt nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren besetzt. Dadurch
250 werden die zu vergebenen Positionen im Bezirksamt nach Partei bzw. Fraktionsproportz vergeben.
251
252 Der Landesvorstand der SPD Berlin hat am 8. Oktober 2024 beschlossen, dass das Proportz
253 Bezirksamt heutiger Prägung nach Auffassung der SPD nicht geeignet ist, die politische
254 Entscheidungsverantwortung für die Bezirke abzubilden und verhindert eher die politische
255 Meinungsbildung im Bezirksamt. Wenn die fachliche gesamtstädtische Steuerung flächendeckend
256 gestärkt und eine einheitliche Verwaltungsarbeiten in den Bezirken erreicht werden soll, dann
257 werden sich die bisherigen Rollen und Aufgaben der Bezirksstadträt*innen verändern.
258
259
260
261
262

263 Als Alternative schlägt der Landesvorstand vor, über ein Dezernentenmodell (Wahl für z. B. 5 Jahre
264 unabhängig von der Legislaturperiode) zu diskutieren. Die Wahl erfolgt durch die
265 Bezirksverordnetenversammlung. Damit wäre auch ein anderes Auswahlmodell verbunden, das
266 fachliche Qualifikationen beinhaltet. Im Dezernentenmodell wird in der Praxis anderer
267 Bundesländer im Regelfall die demokratische Opposition an der Verantwortung beteiligt.
268
269 Auf Grund der Wahlergebnisse der AfD könnten bei Beibehaltung der bisherigen Praxis je nach
270 Wahlergebnis bzw. Fraktionsstärke in der BVV zwei oder mehr Bezirksamtsmitglieder von der AfD
271 gestellt werden. Mit der im Antrag vorgeschlagenen Verfahrensweise werden nur die Parteien
272 bzw. Fraktionen berücksichtigt, deren Wahlvorschlag von der BVV-Mehrheit mitgetragen wird.
273
274 Die Qualifikationsanforderungen stellen sicher, dass Kenntnisse in der Führung von
275 Organisationseinheiten und/ oder Fachkenntnisse vorliegen, die für die Leitung einer Abteilung im
276 Bezirksamt notwendig sind. Die Qualifikationsanforderungen entsprechen denen der Leitung von
277 Organisationseinheiten in Bezirksamtern oder Senatsverwaltungen. Sie werden so oder ähnlich
278 auch für Kommunale Wahlbeamte in den Kommunalverwaltungen der Flächenländer gefordert.
279 Das zweite Einstiegsamt der Laufbahnguppe 2 entspricht einer Besoldungs- bzw.
280 Vergütungsgruppe von A 13/E 13.

281
282 **Antrag 8 (ÜBERWEISUNG an Kreisvorstand)**

283 Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau
284 Der Kreisvorstand der SPD Reinickendorf möge beschließen:

285
286 Social-Media-Accounts - einer für alle, alle für einen!

287 Allen Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften der SPD Reinickendorf soll es möglich sein, die
288 Social-Media-Accounts des SPD-Kreisverbandes gemeinschaftlich zu nutzen. Ziel dieser
289 Maßnahme ist es, die Reichweite unserer Inhalte zu erhöhen, die Sichtbarkeit unserer politischen
290 Arbeit zu stärken und eine gebündelte Präsenz in den sozialen Medien zu gewährleisten.

291
292 **Begründung:**

293 Die sozialen Medien sind ein zentraler Bestandteil moderner politischer Kommunikation. Die
294 einzelnen Accounts von Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften erreichen jedoch nur schwer eine
295 größere Sichtbarkeit. Durch eine gemeinsame Nutzung könnten alle Abteilungen und
296 Arbeitsgemeinschaften ihre Aktivitäten und Veranstaltungen über die bestehenden Kanäle
297 verbreiten.

298
299
300
301
302
303
304
305
306

307 **Ein gebündeltes Vorgehen bietet folgende Vorteile:**

- 308
- 309 1. Größere Reichweite: Durch die Beteiligung aller Abteilungen steigt die Frequenz
310 und Relevanz der Beiträge, was die Interaktion mit unseren Follower*innen und die
311 organische Verbreitung fördert.
- 312
- 313 2. Bessere Sichtbarkeit: Eine abgestimmte und vielfältige Präsenz zeigt die Breite unserer Arbeit
314 und macht den Kreisverband für Mitglieder, Sympathisantinnen und potenzielle Wählerinnen
315 attraktiver.
- 316
- 317 3. Effiziente Ressourcennutzung: Statt einzelner, oft wenig beachteter Accounts könnten wir die
318 bestehende Infrastruktur optimal nutzen und Doppelarbeit vermeiden.
- 319

320 **Vorschlag zur Umsetzung:**

- 321
- 322 1. Einrichtung eines Redaktionsteams, das die Beiträge der Abteilungen koordiniert
323 und auf einen einheitlichen Stil sowie die Einhaltung der SPD-Grundsätze achtet.
- 324
- 325 2. Festlegung klarer Zuständigkeiten und eines einfachen Abstimmungsprozesses, um Inhalte
326 schnell und unkompliziert zu veröffentlichen.
- 327
- 328 3. Optional: Schulungen für Vertreter*innen der Abteilungen zur Nutzung der
329 Plattformen und zur Erstellung ansprechender Inhalte.
- 330

331 **Antrag 9 (RÜCKÜBERWEISUNG an Abteilung)**

332 **Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

333 **Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:**

334

335 **Schwimmunterricht stärken!**

336

337 **Wir fordern die SPD-Vertretungen im Abgeordnetenhaus sowie im Senat von Berlin auf, den
338 Schwimmunterricht in den Schulen stärker zu fördern und zu verbessern. Zur Finanzierung
339 sollen die staatlichen Leistungen für den Spitzensport herangezogenen werden.**

340

341 **Begründung:**

342

343 Die bereits mehrere Jahre andauernde Schließung des Paracelsus-Bades in Reinickendorf ist ein
344 besonders ärgerliches Beispiel dafür, dass bundesweit immer weniger Schwimmbäder für die
345 Bevölkerung und für die Schulen in annehmbarer Entfernung zur Verfügung stehen.

346

347

348

349

350 Der bundesweite Trend hat auch zu einer Beeinträchtigung der Schwimmausbildung in den
351 Schulen geführt. Nach Angaben des DLRG hat sich die Zahl der Grundschulkinder in Deutschland
352 die nicht schwimmen können in den letzten Jahren verdoppelt. Der Anteil der Kinder mit dem auf
353 das Schwimmen vorbereitende Seepferdchen-Abzeichen ist von 69 Prozent in 2017 auf nur noch
354 54 Prozent zurück gegangen. Die Hälfte der Kinder in Familien mit geringem Haushaltseinkommen
355 sind Nichtschwimmer.
356
357 Um die erforderlichen finanziellen Mittel für eine Verbesserung der Schwimmausbildung bereit zu
358 stellen, soll die derzeitige Förderung des Spitzensports einer kritischen Untersuchung unterworfen
359 werden. Sportarten, die nur von wenigen Personen ausgeübt werden und nicht als Breitensport
360 angesehen werden können, sollen nicht mehr im bisherigen Umfang staatlich gefördert werden.
361 „Materialschlachten“ im Spitzensport sollen nicht länger durch die Steuergelder der Bürgerinnen
362 und Bürger ermöglicht werden.
363
364 Die staatlichen Leistungen zur Förderung des Spitzensports sind in den letzten Jahren rasant
365 gestiegen. Allein die Zuwendungen des Bundes zur Förderung der Bundessportfachverbände
366 haben sich von 53,5 Mio. Euro im Jahr 2013 auf 107,5 Mio. Euro in 2023 verdoppelt.
367
368 Viele der geförderten Sportarten haben nichts mit Breitensport zu tun. So wird z.B. der Bob- und
369 Schlittensport, für den teure Eiskanäle und High-Tech-Material erforderlich sind, vom Bund mit
370 nunmehr 6,5 Mio. Euro jährlich gefördert. Welche Auswüchse die Materialschlacht im Spitzensport
371 genommen hat zeigt sich exemplarisch bei der Nordischen Ski-WM im März 2025 in Trondheim:
372 Für die 13 deutschen Langläufer präparieren 10 Techniker die Ski, von denen jeder Athlet 40 Paar
373 zur Verfügung hat. Zu diesen rd. 500 Paar Ski kommen noch 150 Testski für die Techniker (Quelle:
374 Spiegel online vom 08.03.2025). Die durch den Wunsch nach immer mehr Medaillen bei
375 internationalen Wettbewerben eingetretene Fehlentwicklung entspringt einem nationalistischen
376 Geltungsdrang. Die angebliche Anreizfunktion zu mehr Breitensport ist nicht mehr als ein teures
377 Feigenblatt.
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393

394 **Antrag 10 (ÜBERWEISUNG an Kreisvorstand)**

395 **Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

396 **Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:**

397

398 **Konsequenter Jugendschutz für die „Sozialen Netzwerke“ – Altersverifizierung als
399 Nutzungsvoraussetzung.**

400

401 Betreiber der „Sozialen Netzwerke“ werden verpflichtet, im Rahmen des Jugendschutzes eine
402 Altersverifizierung durch ein Identifikationsverfahren (zum Beispiel PostIdent) der künftigen
403 Nutzenden durchzuführen, um der DSGVO nachzukommen. Für Kinder und Jugendliche, die das
404 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, müssen Eltern oder Erziehungsberechtigte ihre
405 Einwilligung durch ein entsprechendes Verfahren geben und der Verarbeitung der
406 personenbezogenen Daten des Kindes zustimmen.

407

408 **Begründung:**

409

410 In der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist festgeschrieben, dass die Verarbeitung
411 personenbezogener Daten nur nach Einwilligung der betroffenen Person rechtmäßig ist (Art. 6,
412 Abs. 1a). Eine solche Zustimmung kann erst ab einem Alter von 16 Jahren gegeben werden. Für
413 Kinder und Jugendliche, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, müssen Eltern oder
414 Erziehungsberechtigte ihre Einwilligung geben und der Verarbeitung der personenbezogenen
415 Daten des Kindes zustimmen. Das Alter wird zwar vor den Accounteröffnung abgefragt, aber nicht
416 geprüft.

417 Insbesondere soziale Netzwerke leben davon, dass jede und jeder seine Meinung öffentlich teilen
418 kann, dass man in Kontakt treten kann und Einblick in verschiedenste Bereiche erhält. Dies ist für
419 viele Teenager inspirierend und die digitale Kommunikation gehört einfach zur Jugendkultur dazu.

420

421 Durch diese vielfältigen Möglichkeiten besteht allerdings die Gefahr, dass Jugendliche auch mit
422 nicht jugendfreien Inhalten und anderen Gefahren in Kontakt kommen:

423

- 424 1. Gewaltdarstellungen und Hassbotschaften
- 425
- 426 2. Cybermobbing, sexuelle Belästigung (Cybergrooming)
- 427
- 428 3. Sexuelle oder pornografische Darstellungen
- 429
- 430 4. Werbung für Glücksspiel oder Kostenfallen
- 431
- 432 5. Verherrlichung von Selbstgefährdung oder Drogen
- 433
- 434 6. Politischer Extremismus
- 435
- 436

437 Insgesamt weist mehr als jedes vierte Kind im Alter zwischen 10(!) und 17 Jahren in Deutschland
438 problematische Nutzungsmuster auf, was mehr als 1,3 Millionen Betroffenen entspricht. Es
439 konnten keine signifikanten geschlechts- oder altersspezifischen Unterschiede festgestellt werden
440 (vgl. DAK Studie zur Mediennutzung Jugendlicher 2024)

441 Zwar steht der Schutz von Kindern und Jugendlichen in der DSGVO (Art. 8) und auch in den AGB
442 der Betreiber der „Sozialen Netzwerke“, nachgehalten wird dies aber nicht. Während bei Besuchen
443 in Kinos, Clubs, Gaststätten oder auch bei dem Kauf von Mobilfunkverträgen eine
444 Altersüberprüfung stattfindet, erfolgt dies nicht bei den „Sozialen Medien“.

445 Um Kinder und Jugendliche zu schützen, muss daher deren Alter vor der Nutzung verifiziert
446 werden.

447 **Antrag 11 (ANNAHME)**

448 **Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**
449 **Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**
450 **Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

451 **Keine Schaukastengebühren für Parteien.**

452 Die SPD Berlin und die AGH Fraktion setzten sich dafür ein, dass Schaukästen von Parteien keiner
453 Sondernutzungsgebühr unterliegen. Hierzu ist die Sondernutzungsgebühren-Verordnung in Berlin
454 entsprechend anzupassen.

455 **Begründung:**

456 Im Gegensatz zu Vereinen und anderen gemeinnützigen Organisationen müssen laut Bezirksamt
457 Reinickendorf, Parteien für das Aufstellen von Schaukästen in Reinickendorf eine
458 Sondernutzungsgebühr zahlen.

459 Parteien tragen zur politischen Willensbildung bei und sind daher von dieser Gebühr wie andere
460 gemeinnützige Organisationen zu befreien.

461

462

463

464

465

466

467

468

469

470

471

472

473

474

475

476

477

478

479

480

481 **Antrag 12 (ANNAHME)**

482 **Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Jusos Reinickendorf**

483 **Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen,**

484 **Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**

485 **Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,**

486 **Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen,**

487 **Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:**

488

489 **Wo Alkohol drin ist, muss auch Alkohol draufstehen.**

490

491 Die Mitglieder der S&E Fraktion des europäischen Parlaments werden aufgefordert, sich für eine
492 eindeutige Kennzeichnungspflicht von alkoholhaltigen Lebensmitteln einzusetzen.

493

494 **Hierbei sind folgende Punkte zu beachten:**

495

496 1. Einführung eines einheitlichen, eindeutigen und gut erkennbaren Piktogramms für
497 alkoholhaltige Lebensmittel.

498

499 2. Kennzeichnung von Lebensmitteln mit dem Wort „Alkohol“ unabhängig davon, welche Art
500 Alkohol verwendet wird.

501

502 3. Kennzeichnung von alkoholhaltigen Produkten unabhängig der Packungsgröße.

503

504 4. Kennzeichnung von alkoholhaltigen Produkten, auch wenn Alkohol nicht als Zutat, sondern
505 zu einem anderen Zweck (Lösemittel, Konservierungsstoff, etc.) zugesetzt wird.

506

507 5. Kennzeichnung auch von unverpackten Lebensmitteln (z.B. durch entsprechenden Aufkleber
508 für die Umverpackung).

509

510 6. Kennzeichnungspflicht auch für Restaurants, Imbisse, Cafés etc. (Alkohol, der in Zutaten oder
511 beim Kochen verwendet wird, sollte gemeinsam mit den Allergenen aufgeführt werden).

512

513 **Begründung:**

514

515 Es gibt viele Schlupflöcher bei der Kennzeichnung alkoholhaltiger Produkte.

516

517 Wenn Alkohol nicht als Zutat, sondern nur in der Herstellung, beispielsweise als Lösemittel für
518 Aromen oder zur Konservierung, verwendet wird, muss dies nicht explizit gekennzeichnet werden.
519 Dies ist zum Beispiel bei vielen Fertigprodukten der Fall.

520

521

522

523

- 524 Hersteller:innen müssen nicht das Wort „Alkohol“ verwenden, sondern schreiben stattdessen die
525 Art des Alkohols (z.B. Cognac, Sherry oder Marc de Champagne) oder auch chemische
526 Bezeichnungen wie Ethanol oder Äthanol in die Zutatenliste. Diese uneindeutige Kennzeichnung
527 kann bei Verbraucher:innen zu Verwirrung führen.
- 528
- 529 Unverpackte Lebensmittel müssen überhaupt nicht gekennzeichnet werden. Dazu gehören
530 beispielsweise lose Süßigkeiten. Hierzu zählen auch Gerichte in Restaurants oder Kuchen in Cafés.
531
- 532 Auch kleine Verpackungen, mit einer Oberfläche, die kleiner als 10 cm² ist, müssen keine
533 Zutatenliste aufführen.
- 534
- 535 Bei Getränken besteht erst ab einem Alkoholgehalt von 1,2 Volumenprozenten eine
536 Kennzeichnungspflicht. Beispielsweise Malzbier, ein Getränk welches auch gerne von Kindern und
537 Jugendlichen konsumiert wird, enthält in geringen Mengen Alkohol.
538
- 539 Es kann nicht von Verbraucher:innen erwartet werden, dass sie die Herstellungsprozesse aller
540 Lebensmittel kennen und wissen, wann sie Gefahr laufen Alkohol gegen ihren Willen zu
541 konsumieren.
542
- 543 Für verschiedenste Personen wird die mangelnde Kennzeichnungspflicht zum Gesundheitsrisiko.
544 Schwangere sollen zum Schutz des ungeborenen Kindes schon auf kleinste Mengen Alkohol
545 verzichten. Bei Kindern kann durch die regelmäßige Zufuhr geringer Mengen Alkohol ein
546 Gewöhnungseffekt entstehen, wodurch die Hemmschwelle zum Konsum verringert wird, was zu
547 Entwicklungsstörungen im Kinder- und Jugendalter führen kann oder auch zu Alkoholismus.
548 Abstinente Alkoholiker:innen können bereits durch kleinste Mengen oder nur durch den Geruch
549 von Alkohol rückfällig werden. Dazu kommen Menschen, die aus religiösen Gründen auf Alkohol
550 verzichten.
551
- 552 Verbraucherorganisationen fordern bereits seit Jahren eine Überarbeitung der
553 Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln.
554
- 555 **Antrag 13 (ANNAHME)**
- 556 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD (AGS) Reinickendorf
557 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,
558 Die AGS Berlin möge beschließen,
559 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,
560 Die Bundeskonferenz der AGS möge beschließen,
561 Der Bundesparteitag / Parteikonvent der SPD möge beschließen:
562
- 563 Sanktionen gegen Versicherungsunternehmen bei ungerechtfertigten Schadenablehnungen.
564
565
566

567 Die SPD-Bundestagsfraktion und die Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, auf
568 eine Ergänzung des Versicherungsvertragsgesetzes hinzuwirken, die für
569 Versicherungsunternehmen bei ungerechtfertigten Schadenablehnungen Sanktionen vorsieht
570 (wie z.B. die doppelte Entschädigungsleistung).

571
572 **Begründung:**
573

574 Aktuell können Versicherungsunternehmen ohne großes Risiko Schadenablehnungen bzw.
575 Entschädigungskürzungen vornehmen und abwarten, wie sich der Versicherungsnehmer bzw. der
576 Geschädigte verhält. Sofern der Versicherungsombudsmann oder ein Gericht eingeschaltet wird,
577 erstatten manche Unternehmen dann kurz vor einer Entscheidung den bisher zurückgehaltenen
578 Betrag, ohne – vom Arbeitsaufwand abgesehen – einen Nachteil befürchten zu müssen. Diese
579 Praxis bedeutet einen Wettbewerbsnachteil für die Versicherungsunternehmen, die korrekt
580 regulieren, also Versicherungsleistungen nur dann ablehnen, wenn der Schaden insgesamt bzw.
581 ein Anteil der beanspruchten Entschädigung eindeutig nicht versichert ist. Unlautere
582 Unternehmen, die zuerst ablehnen und dann doch zahlen, sollten sanktioniert werden.
583

584 **Antrag 14 (RÜCKNAHME durch Arbeitsgemeinschaft)**

585 ~~Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD (AGS) Reinickendorf~~
586 ~~Die KDV Reinickendorf möge beschließen,~~
587 ~~Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,~~
588 ~~Der Bundesparteitag möge beschließen:~~
589

590 **Senkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie.**

592 ~~Die Mehrwertsteuer für Gastronomiebetriebe soll dauerhaft von 19 % auf 7 % gesenkt werden.~~
593 ~~Diese Maßnahme soll für alle gastronomischen Dienstleistungen gelten, sowohl für Speisen als~~
594 ~~auch für Getränke, unabhängig davon, ob der Konsum vor Ort oder zum Mitnehmen erfolgt.~~
595

596 **Begründung:**
597

598 ~~Die Gastronomiebranche steht seit Jahren vor großen Herausforderungen. Besonders seit der~~
599 ~~Corona-Pandemie hat die Branche unter massiven Umsatzeinbrüchen und wirtschaftlichen~~
600 ~~Unsicherheiten gelitten. Angesichts der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Lage vieler~~
601 ~~Gastronomiebetriebe ist es dringend erforderlich, eine Entlastung zu schaffen, um Arbeitsplätze zu~~
602 ~~sichern und die Branche langfristig zu stabilisieren.~~
603 ~~Die Mehrwertsteuer auf Speisen und Getränke in der Gastronomie wurde während der Pandemie~~
604 ~~von 19 % auf 7 % gesenkt, um die Branche in dieser Krisensituation zu unterstützen. Diese~~
605 ~~temporäre Maßnahme hat sich als sehr wirksam erwiesen, da sie die Betriebskosten senkte und~~
606 ~~gleichzeitig den Gästen günstigere Preise bot. Die Senkung hat auch dazu beigetragen, die~~
607 ~~Nachfrage zu stabilisieren und die Gastronomiebetriebe am Markt zu halten.~~
608

609

610 Die Verlängerung dieser Maßnahme oder sogar eine dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer auf
611 7% für Gastronomiebetriebe ist daher nicht nur eine wirtschaftlich sinnvolle Entscheidung,
612 sondern auch ein klares Signal der Unterstützung für eine Branche, die für das soziale Leben in
613 unseren Städten und Gemeinden von zentraler Bedeutung ist. Gastronomiebetriebe sind nicht nur
614 Arbeitgeber, sondern auch Orte der Begegnung und des Austauschs, die die Lebensqualität und
615 den sozialen Zusammenhalt stärken.

616

Antrag 15 (ANNAHME)

618 Antragsteller: Abteilung 12/04 Heiligensee/Konradshöhe/Tegelort
619 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,
620 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

621

Verpackungssteuer in Berlin einführen.

623

624 Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, dass in Berlin eine Verpackungssteuer eingeführt wird. Die
625 Einnahmen aus dieser Steuer sollen prioritätär Projekten zur Müllvermeidung sowie Unternehmen
626 zur Verfügung gestellt werden, die mit der Reinigung des öffentlichen Raums beauftragt sind, um
627 die Sauberkeit in der Stadt zu verbessern und die Vermüllung effektiver zu bekämpfen.

628

Begründung:

630

631 Die zunehmende Vermüllung des öffentlichen Raums, insbesondere durch Einwegverpackungen
632 wie To-Go-Becher, Fast-Food-Verpackungen und Plastikmüll, stellt eine erhebliche
633 Herausforderung für die Stadtreinigung dar. Täglich entstehen immense Kosten für die
634 Beseitigung von Verpackungsmüll, die bisher überwiegend aus allgemeinen Steuermitteln
635 finanziert werden.

636

637 Ein wegweisendes Beispiel liefert die Universitätsstadt Tübingen, die erfolgreich eine
638 Verpackungssteuer eingeführt hat. Laut der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24.
639 Januar 2025 ist eine solche Steuer grundgesetzkonform, sofern sie angemessen ausgestaltet wird.
640 Die Verpackungssteuer hat in Tübingen nicht nur die Umweltbelastung reduziert, sondern auch
641 zusätzliche Einnahmen generiert, die zweckgebunden für die Stadtreinigung eingesetzt werden
642 können.

643

644 Berlin könnte mit der Einführung einer solchen Steuer einen wichtigen Beitrag zur
645 Abfallvermeidung und Umweltentlastung leisten. Die Steuer würde Anreize für die Nutzung
646 wiederverwendbarer und umweltfreundlicher Verpackungen schaffen. Gleichzeitig könnten die
647 Einnahmen gezielt zur Verbesserung der Stadtsauberkeit und der Lebensqualität eingesetzt
648 werden.

649

650

651

652 Daher setzt sich die Berliner SPD dafür ein, eine entsprechende Regelung auf Landesebene
653 einzuführen, um Berlin zu einem Vorbild in Sachen Müllvermeidung und Ressourcenschonung zu
654 machen.

655

656 Antrag 16 (ABWEISUNG)

657 **Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

658 **Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:**

659

660 Mietkaufoption für staatlich finanzierte Neubauwohnungen prüfen (zur Altersvorsorge).

661

~~662 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich für die Prüfung einsetzen, inwiefern eine Mietkaufoption für~~
~~663 staatlich finanzierte Neubauwohnungen nutzbar ausschließlich für Privatpersonen und Familien~~
~~664 bei Selbstnutzung als staatlich gesteuerte Unterstützung zum Aufbau von Immobilienvermögen~~
~~665 zur Altersvorsorge eingeführt werden kann.~~

666

Hintergrund:

~~667 Die anhaltend angespannte Lage am Wohnungsmarkt führt seit vielen Jahren zu bundesweit stark~~
~~668 steigenden Miet- und Immobilienpreisen oberhalb der Inflationsraten. Ohne ein bereits~~
~~669 bestehendes Vermögen ist es für Familien und Personen mit Einkommen auch oberhalb des~~
~~670 Median-Einkommens kaum möglich mit eigenen finanziellen Mitteln Wohneigentum zu~~
~~671 erwerben.~~

673

~~674 Selbstgenutztes Wohneigentum ist unempfindlich gegenüber Konjunkturschwankungen, hat in~~
~~675 der Regel eine hohe Wertstabilität, ist meist wertsteigernd und sollte daher als wichtiger~~
~~676 Baustein zur Altersvorsorge anerkannt und gefördert werden.~~

677

~~678 Eine staatliche Belebung der Baubrache über verstärkten Wohnungsbau hat eine positive Wirkung~~
~~679 auf die Gesamtkonjunktur sowie eine stabilisierende Wirkung auf die Mietpreise in angespannten~~
~~680 Lagen. Die aktive Förderung und direkte Umsetzung von energieeffizientem Wohnungsbau folgt~~
~~681 zudem den gesetzlich gesetzten Zielen der CO2 Reduzierung.~~

682

Gestaltung:

684

~~685 Der Staat finanziert den Neubau von Wohnungen in attraktiven Lagen und zeitgemäßem~~
~~686 Standard. Um Baukosten zu reduzieren, werden eine vorher definierte Anzahl an Haus- und~~
~~687 Wohnungstypen mit der Bauindustrie vereinbart. Baugenehmigungen und Statik gelten~~
~~688 bundesweit.~~

689

~~690 Wohnungen werden über die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften zur Miete angeboten.~~
~~691 Die Mietzahlungen werden als Rate mit einem sehr günstigen Zinssatz zur Abzahlung der~~
~~692 Baukosten angerechnet sog. Mietkauf.~~

693

694

695 Je nach Länge der Mietdauer erwirbt der Mieter einen Eigentumsanteil an der Immobilie, den er
696 bei Beendigung des Mietverhältnisses einem nächsten Mieter verkaufen kann. Der
697 Eigentumsanteil entspricht der jeweils geleisteten Gesamtzahlungen. Der Mieter ist nicht
698 verpflichtet die Wohnung in voller Höhe abzuzahlen.
699
700 Es kann ein max. Eigentumsanteil zur Sicherung der Gesamtimmobilie vereinbart werden. Dies gilt
701 es in einem Expertenrat zu entwickeln.
702
703 Bei Mieterwechsel kann der Eigentumsanteil an einen neuen Mieter oder die Landeseigene
704 Wohnungsgesellschaft übertragen werden.
705
706 Bei Abschluss eines Mietvertrages gelten die üblichen Bedingungen, es muss jedoch keine
707 Kreditwürdigkeit nachgewiesen werden, die sonst bei Erwerb möglich wäre. Die Abzahlung der
708 Immobilie kann über mehrere Nutzer getragen werden. Bei Ausfall der Mietzahlungen reduziert
709 sich der Eigentumsanteil entsprechend dem Ausfall.
710
711 Die Kosten der Verwaltung wie Unterhaltung, Versicherung, Abfall usw. werden vom Mieter
712 separat gezahlt.
713
714 **Antrag 17 (ANNAHME)**
715 Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau
716 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,
717 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:
718
719 **Lokalen Einzelhandel stärken – gegen die Verödung von Einkaufsstraßen.**
720
721 Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass das Land Berlin bis Ende 2026 ein Schutz- und
722 Förderprogramm für den lokalen Einzelhandel und lebendige Einkaufsstraßen auflegt. Ziel ist
723 es, kleine und inhabergeführte Geschäfte vor Verdrängung zu schützen, spekulativen Leerstand zu
724 bekämpfen und die Attraktivität von Einkaufsstraßen zu erhöhen. Dies soll insbesondere
725 durch innovative Nutzungskonzepte, eine bessere Verzahnung mit Gastronomie und Co-Working-
726 Angeboten sowie Maßnahmen zur Stabilisierung der Gewerbemieten geschehen.
727
728 **Umsetzungsvorschläge:**
729
730 1. Initiative zur Einführung einer Mietpreisdeckelung auf Bundesebene für Gewerbegebäuden in
731 besonders betroffenen Lagen, um drastische Mietsteigerungen für kleine Betriebe zu
732 verhindern.
733
734 2. Schaffung eines Förderprogramms für kleine Gewerbetreibende und Start-ups, die sich in
735 Kiezen mit drohender Verödung ansiedeln.
736

- 737 3. Förderung von hybriden Nutzungskonzepten, die Einzelhandel, Gastronomie und Co-
738 Working, auch unter Berücksichtigung von kulturellen Angeboten, verbinden, um die
739 Attraktivität von Einkaufsstraßen zu steigern.
740
741 4. Begrenzung der Flächen für große Handelsketten in sensiblen Lagen, um eine
742 Monopolisierung des Einzelhandels zu vermeiden.
743
744 5. Förderung von Pop-up-Stores und temporären Nutzungen, um Leerstand in Gewerbegebäuden
745 zu reduzieren.
746
747 6. Einführung einer Abgabe auf spekulativen Leerstand, um Vermieterinnen und Vermieter zur
748 aktiven Nutzung von Geschäftsflächen zu bewegen.
749

750 **Begründung:**

751 Der Einzelhandel in Reinickendorf und ganz Berlin steht vor großen
752 Herausforderungen. Wirtschaftliche Unsicherheit, steigende Energiekosten und Inflation führen zu
753 einer Kaufzurückhaltung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Der Handelsverband
754 Deutschland (HDE) prognostiziert für 2025 nur ein geringes reales Umsatzwachstum von 0,5 %,
755 was viele kleinere Geschäfte in Existenznot bringt. (HDE)

756 Gleichzeitig steigen die Firmeninsolvenzen drastisch: 2024 gab es 23,1 % mehr
757 Unternehmenspleiten, und für 2025 wird ein weiterer Anstieg erwartet – besonders in Städten wie
758 Berlin. (Retail News)

759 Zudem verändert sich das Konsumverhalten: Der Online-Handel wächst weiter, aber stationäre
760 Läden bleiben wichtig, wenn sie Erlebnischarakter bieten. Besonders hybride Konzepte aus
761 Einzelhandel, Gastronomie und Co-Working-Spaces können den Wandel aktiv gestalten und die
762 Attraktivität von Einkaufsstraßen erhöhen.

763 Durch eine gezielte Förderung dieser neuen Konzepte kann das Land Berlin dazu beitragen, die
764 Vielfalt des Einzelhandels zu erhalten und lebendige Kieze zu sichern.

781 **Antrag 18 (ANNAHME)**

782 **Antragstellersteller: Arbeitsgemeinschaft Jusos Reinickendorf**

783 **Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**

784 **Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

785

786 **Großveranstalter an Polizeikosten beteiligen.**

787

788 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, eine
789 gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass nach Bremer Vorbild, Gebühren für den polizeilichen
790 Mehraufwand bei Großveranstaltungen (z.B. Hochrisikospiele im Fußball) von profitorientierten
791 Veranstalter:innen erhoben werden können. Nach der Entscheidung des
792 Bundesverfassungsgerichts zum Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetz steht der Erhebung
793 einer solchen Gebühr kein verfassungsrechtlicher Einwand mehr entgegen. Das Gesetz zielt darauf
794 ab, die durch die Durchführung von kommerziellen Großveranstaltungen entstandenen
795 Mehrkosten der Polizei auf die Veranstalterinnen und Veranstalter abzuwälzen, wobei die Kosten
796 an die Stelle verlagert werden sollen, an der die Gewinne anfallen. Auf diese Weise sollen die
797 Mehrkosten der Polizeieinsätze nicht durch die Gesamtheit der Steuerzahler:innen, sondern
798 jedenfalls auch durch die (un)mittelbaren wirtschaftlichen Nutznießer:innen der Polizeieinsätze
799 geschultert werden.

800

801 Gerade in Zeiten knapper Landeskassen stellt eine solche Gebühr einen angemessenen Ausgleich
802 zwischen der finanziellen Inanspruchnahme der Allgemeinheit und den profitierenden
803 Veranstalter:innen dar. Bei der Ausgestaltung des Gebührentatbestandes sind die Folgenden
804 Eckpunkte zu beachten:

805

806 Eine Einsatzgebühr wird von der Polizei bei Veranstalter:innen für den polizeilichen Mehraufwand
807 bei gewinnorientierten, erfahrungsgemäß gewaltgeneigten Großveranstaltungen erhoben, welche
808 nach dem Mehraufwand zu berechnen ist, der aufgrund der Bereitstellung zusätzlicher
809 Polizeikräfte entsteht. Dabei muss sichergestellt sein, dass für politische, religiöse, künstlerische
810 oder wissenschaftliche Veranstaltungen, die in besonderem Maße grundrechtlich geschützt sind,
811 keine Kosten erhoben werden.

812

813 Die Grenze, ab welcher eine Veranstaltung als Großveranstaltung dient, ist an Berliner
814 Verhältnisse und den konkreten Veranstaltungsbereich anzupassen und kann die Zahl von 5.000
815 Teilnehmer:innen nach Bremer Vorbild übersteigen.

816

817 Die Gebühr ist in einer Weise zu berechnen, dass Veranstalter:innen nicht übermäßig belastet
818 werden. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, die Gebühren durch eigene Sicherheitskonzepte zu
819 reduzieren. Damit soll dazu angehalten werden, sich eigenverantwortlich an der
820 Veranstaltungssicherheit zu beteiligen.

821

822

823

824 Schließlich soll sichergestellt werden, dass die Gebühren nicht einseitig auf die Ticketpreise
825 weitergegeben werden, sodass die Teilnahme an Veranstaltungen bezahlbar bleibt. Eine
826 Umlegung der Gebühren soll zu Lasten der gewaltgeneigten Besucher:innen erfolgen, bspw. durch
827 Festlegung einer Vertragsstrafe.

828 Auf dieser Grundlage wird die Innenminister:innenkonferenz aufgefordert, ein bundesweit
829 einheitliches Mustergesetz zu erarbeiten. Dadurch soll sichergestellt werden, dass eine einheitliche
830 Regelung in allen Bundesländern greift und letztere durch die Erhebung einer solchen Gebühr
831 keinen Wettbewerbsnachteil erleiden. Berlin orientiert sich bei der Umsetzung an diesem
832 Mustergesetz.
833

834

Antrag 19 (ANNAHME)

835 **Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**
836 **Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**
837 **Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**
838

839

ÖPNV-Nutzung für Kitagruppen vereinfachen.

840 Die SPD setzt sich auf Landesebene dafür ein, dass Kindertagengruppen inklusive ihrer
841 begleitenden Erzieherinnen die öffentlichen Verkehrsmittel kostenfrei nutzen können. Hierzu soll
842 eine Regelung geschaffen werden, die eine kostenlose Beförderung von Kindergartenkindern jeden
843 Alters sowie der sie begleitenden Erzieherinnen ermöglicht, unabhängig davon, ob die Kinder
844 bereits das sechste Lebensjahr vollendet haben.
845

846

Begründung:

847 In Berlin profitieren Schulkinder bereits von einer vorbildlichen Regelung: Mit dem Schülerticket
848 können sie die öffentlichen Verkehrsmittel der BVG kostenfrei nutzen. Auch Kindergartenkinder
849 bis zum Alter von sechs Jahren fahren in Begleitung einer zahlenden Person kostenlos mit. Jedoch
850 besteht hier eine Lücke, die insbesondere Kindertagengruppen betrifft. Kinder, die das sechste
851 Lebensjahr überschritten haben, aber noch nicht eingeschult sind, müssen derzeit ein eigenes
852 Ticket erwerben. Ebenso sind Erzieherinnen, die diese Gruppen begleiten, nicht von einer
853 kostenfreien Nutzung umfasst. Dies führt zu einer ungleichen Behandlung und finanziellen
854 Belastungen für Kindergärten, insbesondere bei Ausflügen, die einen wichtigen Beitrag zur
855 frühkindlichen Bildung und sozialen Teilhabe leisten.
856

857 Die kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für Kindertagengruppen inklusive
858 begleitender Erzieherinnen schafft folgende Verbesserungen:
859

860 Chancengleichheit: Alle Kinder, unabhängig vom Alter oder Einschulungszeitpunkt, sowie ihre
861 Betreuungspersonen erhalten die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Bildungs- und
862 Freizeitangeboten.
863

- 867 Entlastung der Kindergärten: Finanzielle Hürden für Ausflüge werden beseitigt, was die Planung
868 und Durchführung erleichterten.
- 869
- 870 Förderung nachhaltiger Mobilität: Der öffentliche Nahverkehr wird für junge Menschen und
871 pädagogisches Personal attraktiver, was langfristig umweltbewusstes Verhalten stärkt.
872 Soziale Gerechtigkeit: Familien und Einrichtungen mit geringem Einkommen profitieren besonders
873 von der Maßnahme.
- 874
- 875 **Antrag 20 (ANNAHME)**
- 876 Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau
- 877 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,
878 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:
- 879
- 880 **ÖPNV stärken – Einnahmen erhöhen: Höhere Nutzungsgebühren für E-Scooter-Betreiber.**
- 881
- 882 Die SPD Berlin und die AGH Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Gebühren für das Betreiben von
883 E-Scootern von max. 42 EUR pro Fahrzeug jährlich auf 500 EUR erhöht werden.
- 884
- 885 **Begründung:**
- 886
- 887 Als Leihfahrzeug in Innenstädten, wo (wie in Berlin) ÖPNV-Netze gut ausgebaut sind und kurze
888 Wege zu Fuß und mit Fahrrad zurückzulegen werden, bringen die Roller eher Nachteile für die
889 Umwelt mit sich. Sie laufen Gefahr als zusätzliche Mobilitätsform bestehende Infrastruktur für das
890 Zufußgehen und Fahrradfahren unattraktiver zu machen. Zwar sind E-Scooter in der Ökobilanz
891 deutlich besser als das Auto. Gegenüber dem Fahrrad, mit dem sich Strecken ebenso schnell
892 bewältigen lassen und Gepäck besser transportiert werden kann, sind E-Scooter aber die
893 umweltschädlichere Variante und daher keine gute Alternative. Hinzu kommt, dass E-Scooter
894 häufig so abgestellt werden, dass sie eine Barriere für Menschen, insbesondere für Menschen mit
895 Sehbeeinträchtigung, darstellen. Polizei und Ordnungsamt sind mit der Umsetzung dieser E-
896 Scooter überfordert.
- 897
- 898 Mit der Gebührenerhöhung wird wegen der in Berlin vorhandenen guten ÖPNV-Versorgung
899 fehlenden Nachhaltigkeit der E-Scooter Rechnung getragen.
- 900
- 901
- 902
- 903
- 904
- 905
- 906
- 907
- 908
- 909
- 910

911 **Antrag 21 (ANNAHME)**

912 **Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

913 **Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**

914 **Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

915

916 **Berliner Norden weiterhin direkt mit dem Flughafenexpress an den BER anbinden!**

917

918 Die SPD Berlin und die SPD AGH Fraktion setzen sich dafür ein, dass der FEX auch nach Eröffnung
919 der „Dresdner Bahn“ weiterhin über Gesundbrunnen direkt zum BER fährt und damit den Berliner
920 Norden an den Flughafen anbindet.

921

922 **Begründung:**

923

924 Der FEX soll zukünftig über das Südkreuz führen anstatt Gesundbrunnen. Grund dafür ist die
925 Wiederbelebung der Dresdener Bahn Vgl: <https://www.openpetition.de/petition/online/der-fex-bleibt-am-gesundbrunnen>

927

- 928 1. Zentrale Lage und Anbindung an den Norden Berlins: Berlin Gesundbrunnen ist ein zentraler
929 Verkehrsknotenpunkt im Norden der Stadt und bietet eine direkte Anbindung an den dicht
930 besiedelten nördlichen Teil Berlins sowie an die angrenzenden Regionen Brandenburgs. Dies
931 ermöglicht es, eine größere Bevölkerungsgruppe an den Flughafen anzubinden, insbesondere
932 aus den Bezirken Reinickendorf, Pankow und Wedding.
- 933 2. Verknüpfung mit wichtigen Bahnstrecken: Gesundbrunnen ist ein zentraler Fernbahnhof, der
934 wichtige Verbindungen nach Norden und Nordwesten bietet (z. B. Hamburg, Rostock). Eine
935 Führung des FEX über diesen Knotenpunkt würde nicht nur Berlinerinnen und Berlinern,
936 sondern auch Reisenden aus diesen Regionen einen direkteren Zugang zum Flughafen BER
937 ermöglichen.
- 938 3. Entlastung des S-Bahn-Rings: Südkreuz ist bereits stark frequentiert und liegt auf dem
939 südlichen Abschnitt des Berliner S-Bahn-Rings. Eine Führung des FEX über Gesundbrunnen
940 würde den S-Bahn-Ring entlasten und die Verteilung der Verkehrsströme optimieren.
- 941 4. Bessere Erreichbarkeit für den Norden und die Mitte Berlins: Während Südkreuz den Süden
942 und Westen Berlins besser bedient, ist Gesundbrunnen optimal für Menschen, die aus der
943 Mitte und dem Norden der Stadt reisen. Dadurch wird eine bessere geographische Abdeckung
944 gewährleistet.
- 945 5. Entlastung von Straßen und Flughafenzubringern: Durch die direkte Anbindung von
946 Gesundbrunnen an den FEX könnten mehr Menschen den öffentlichen Nahverkehr als
947 Alternative zum Auto nutzen, was den Verkehr auf den Straßen und Zubringern zum
948 Flughafen reduzieren würde.

953 Insgesamt würde eine Führung des FEX über Berlin Gesundbrunnen eine breitere
954 Bevölkerungsgruppe ansprechen, die Anbindung des nördlichen Berlins und der Region verbessern
955 und den Verkehr nachhaltiger gestalten.

956
957 Die Bahn informiert weder ausreichend über die neue Streckenführung, noch bietet sie
958 Alternativen an. Und dass obwohl der Gesundbrunnen einer der meistfrequentierten Bahnhöfe
959 Berlins ist. Laut den Zahlen von 2019 aus der Drucksache 19/20455 auch mit mehr Fahrgästen
960 täglich (203.000) als das Südkreuz (179.000). Daher muss die Streckenführung des FEX weiterhin
961 über den Gesundbrunnen laufen oder eine adäquate Alternative angeboten werden. Der FEX am
962 Gesundbrunnen ist nicht nur für die Anbindung an den BER essenziell, sondern auch eine wichtige
963 Route zum Hauptbahnhof und Ostkreuz und entlastet so die Ringbahn.
964

965 **Antrag 22 (ABWEISUNG)**

966 **Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**
967 **Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**
968 **Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

970 **Pilotprojekt Kiez-Klimabonus starten.**

971
972 Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass das Land Berlin bis Ende 2026 ein Pilotprojekt „Kiez-
973 Klimabonus“ in mindestens drei Bezirken startet. Bürger*innen und kleine Gewerbetreibende
974 sammeln Punkte durch klimafreundliche Maßnahmen wie Mülltrennung, Nutzung erneuerbarer
975 Energien, Carsharing oder die Teilnahme an lokalen Umweltinitiativen. Diese Punkte können
976 gegen Vergünstigungen wie ÖPNV-Tickets, Gutscheine für lokale Geschäfte oder kulturelle
977 Angebote eingetauscht werden. Das Programm wird durch Landesmittel finanziert, mit einer
978 Evaluierung nach zwei Jahren zur möglichen landesweiten Ausweitung.
979

980 **Umsetzungsvorschlag:**

981
982 Entwicklung einer App oder eines einfachen Meldesystems zur Erfassung der Punkte, in
983 Kooperation mit Bezirksamtern und lokalen Partner*innen.
984 Einrichtung eines Kiez-Klimabeirats pro Bezirk, der Maßnahmen vorschlägt und die Vergabe
985 koordiniert.

986
987 Finanzierung durch einen Mix aus Landesmitteln, EU-Förderungen und Kooperationen mit
988 nachhaltigen Unternehmen.

989
990
991
992
993
994
995
996

997 **Begründung:**

998

999 Klimaschutz ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit, doch viele Berliner*innen
1000 fühlen sich von abstrakten Zielen überfordert. Der „Kiez-Klimabonus“ macht Nachhaltigkeit
1001 greifbar, belohnend und gemeinschaftlich. Inspiration liefern internationale Beispiele:

1002

1003 Stockholm: Die schwedische Hauptstadt hat ein Punktesystem eingeführt, bei dem Bürger*innen
1004 für Recycling und nachhaltiges Verhalten Punkte sammeln, die sie gegen Rabatte in lokalen
1005 Geschäften einlösen können. Dies hat die Recyclingquote deutlich erhöht und zeigt, wie ein
1006 spielerischer Ansatz („Gamification“) Motivation schafft. Berlin könnte dieses Modell auf den Kiez
1007 übertragen und durch digitale Tools noch zugänglicher machen.

1008

1009 San Francisco: Dort werden Unternehmen mit Steuervergünstigungen für klimafreundliche
1010 Investitionen belohnt, etwa in Solarenergie oder emissionsarme Fahrzeuge. Der „Kiez-Klimabonus“
1011 adaptiert diesen Ansatz, indem er kleine Gewerbetreibende einbezieht, jedoch statt
1012 Steuererleichterungen direkte, alltagsnahe Vorteile bietet, die auch Haushalte erreichen.

1013

1014 Der „Kiez-Klimabonus“ hebt sich durch seinen lokalen Fokus ab: Er fördert nicht nur den
1015 Klimaschutz, sondern auch den Zusammenhalt im Kiez, indem er lokale Wirtschaft und
1016 Gemeinschaft einbindet. Gerade in einer vielfältigen Stadt wie Berlin, mit ihren unterschiedlichen
1017 Bezirken und Lebensrealitäten, ist ein solches Programm ein starkes Signal, wie soziale
1018 Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung zusammen funktioniert.

1019

1020

1021

1022

1023

1024

1025

1026

1027

1028

1029

1030

1031

1032

1033

1034

1035

1036

1037

1038

1039

1040

1041 **Antrag 23 (ANNAHME)**

1042 **Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

1043 **Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:**

1044

1045 **Wohnen und energiebewusstes Heizen.**

1046

1047 Die aktuellen tagespolitischen Herausforderungen verdecken den Blick darauf, dass der
1048 menschengemachte Klimawandel zu einer drastischen Verschlechterung der Lebensbedingungen
1049 in den kommenden Jahren und Jahrzehnten führen wird, wenn nicht sofort entschieden
1050 gegengesteuert wird. Im krassen Gegensatz zu den bestehenden Erfordernissen hat Deutschland
1051 jedoch die nationalen und europäischen Klimaziele vor allem im Gebäudesektor – neben dem
1052 Verkehrssektor - nicht erreicht.

1053

1054 Die Ankündigungen von CDU und CSU im Bundestagswahlkampf 2025 haben die Bürgerinnen und
1055 Bürger hinsichtlich von ihnen selbst umsetzbaren Maßnahmen tief verunsichert. Vor allem die
1056 Absicht das sog Heizungsgesetz wieder rückgängig zu machen wäre ein verhängnisvoller Schritt in
1057 die falsche Richtung.

1058

1059 Wir fordern daher unsere SPD-Vertretungen im Abgeordnetenhaus sowie im Senat von Berlin auf,
1060 sich für die Umsetzung folgender Maßnahmen einzusetzen:
1061 Berlin ist wie alle Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern verpflichtet
1062 bis zum 30.06.2026 einen Wärmeplan vorzulegen. Im Rahmen der sog.

1063

1064 Verkürzten Wärmeplanung sind bereits Gebiete identifiziert worden, in denen ein Fernwärmennetz
1065 unwahrscheinlich ist.

1066

1067 In diesen Gebieten kommt auch in Zukunft nur eine dezentrale Wärmeversorgung in Betracht.
1068 Dies gilt auch für weite Bereiche in Reinickendorf. Um eine weitere Verunsicherung der
1069 Bürgerinnen und Bürgern zu vermeiden, sollte durch den Senat bzw. durch den Bezirk eine
1070 verlässliche Information an die Grundstückseigentümerinnen bzw. -eigentümer gegeben werden.

1071

1072 Nach Berechnungen von Wirtschaftsinstituten wird der neue europäische Emissionshandel für das
1073 Heizen mit Öl oder Erdgas im Gebäudesektor bis 2030 zu einer Preiserhöhung um 31 bis 41
1074 Prozent führen (Quelle: Spiegel online vom 8.03.2025). Der Senat bzw. der Bezirk wird
1075 aufgefordert, eine Information zur Entwicklung der Heizkosten und auch der Stromkosten zu
1076 geben und diese alljährlich zu aktualisieren. So erhalten die Bürgerinnen und Bürger eine
1077 Grundlage für die Entscheidung, in welcher Form sie künftig heizen wollen.

1078

1079

1080

1081

1082

1083

1084 Nach dem Bundestagswahlprogramm der SPD soll niemand durch die steigenden Energiekosten
1085 überfordert werden. Als eine Möglichkeit zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger wird das sog.
1086 Klimageld genannt. Wir fordern die der SPD angehörenden Mitglieder des Berliner Senats, die
1087 Berliner Bundestagsabgeordneten und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung auf, sich auf
1088 Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine derartige sozial und regional gestaffelte Entlastung
1089 konkretisiert und zeitnah umgesetzt wird.

1090

1091 Nach dem Gebäudeenergiegesetz (§ 71 GEG) darf in Zukunft eine neue Heizung in einem
1092 Wohngebäude nur eingebaut werden, wenn mindestens 65 Prozent der Wärme mit erneuerbaren
1093 Energien erzeugt wird. In Betracht kommen insbesondere elektrisch betriebene Wärmepumpen.
1094 Der Ersatz einer alten Ölheizung wird derzeit mit einem Zuschuss von bis zu 55 Prozent der Kosten
1095 (bei einkommensschwachen Familien zusätzlich 20 Prozent) gefördert. Wir fordern die der SPD
1096 angehörenden Mitglieder des Berliner Senats, die Berliner Bundestagsabgeordneten und die SPD-
1097 Mitglieder der Bundesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass diese
1098 Förderung erhalten bleibt.

1099

1100 **Antrag 24 (ANNAHME)**

1101 Antragsteller: Abteilung 12/06 Lübars/Waidmannslust/Wittenau

1102 Die SPD Abteilung 12/06 Lübars/Waidmannslust/Wittenau möge beschließen,

1103 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:

1104

1105 **Verkaufsverbot vom privaten Feuerwerk etablieren.**

1106

1107 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Deutschen Bundestag sowie der Bundesregierung werden
1108 aufgefordert sich für ein Verkaufsverbot von privatem Feuerwerk einzusetzen. Als Ersatzangebot
1109 sollen insbesondere an Sylvester an zentralen Orten in den Kommunen professionelle Feuerwerke
1110 organisiert und abgehalten werden.

1111

1112 **Begründung:**

1113 Die Bilanz des Sylvesterfeuerwerks 2024 in Berlin hat gezeigt, dass die weiter steigende Menge an
1114 Feuerwerkkörpern und die immer gefährlichere Konstruktion von bestimmten Böllern zu großen
1115 Schäden an Leben und Gesundheit der Bewohner geführt haben. Zu diesen genannten Schäden
1116 kommen weitere Schäden für Natur, Umwelt und Tierwelt. Der Berliner Versuch, einzelne
1117 böllerfreie Zonen zu schaffen, muss deshalb als gescheitert angesehen werden.

1118

1119

1120

1121

1122

1123

1124

1125

1126

1127

1128 **Antrag 25 (ANNAHME)**

1129 **Antragsteller: Abteilung 12/01 Borsigwalde/Tegel-Süd,**
1130 **Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**
1131 **Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

1132

1133 **Öffnungsklausel im Sprengstoffrecht.**

1134

1135 Aufgrund der wiederholten und massiven Gewalt gegenüber Personen, insbesondere
1136 Einsatzkräften, und Gebäuden an Silvester/Neujahr in Berlin und des in Teilen rücksichtslosen und
1137 gefährlichen Gebrauchs von Pyrotechnik bis hin zu Kugelbomben halten wir eine Öffnungsklausel
1138 im deutschen Sprengstoffrecht für dringend geboten, die den Bundesländern und Kommunen
1139 gestatten würde, z.B. in unserer Stadt nur noch durch Sicherheitskräfte eingehedigte Gebotszonen
1140 zuzulassen, in denen auch von Privatpersonen Feuerwerk gezündet werden darf, oder alternativ
1141 zentrale Distrikte , in denen professionell Feuerwerk stattfinden dürfte und/oder Drohnenshows
1142 gezeigt werden könnten.

1143

1144 **Begründung:**

1145 Derzeit erlaubt das Sprengstoffrecht generell das Abbrennen von Pyrotechnik am 31. Dezember
1146 und am 1. Januar. Die Kommunen dürfen nur in einem eng begrenzten Rahmen Verbotszonen
1147 einrichten. Wenn ein generelles Verbot von Verkauf, Besitz und Anwendung von Pyrotechnik
1148 derzeit keine Aussicht auf Erfolg hat, nicht möglich ist, muss das Leben und die Unversehrtheit von
1149 Bürger*innen und aller Einsatzkräfte durch kommunale Maßnahmen geschützt werden können.
1150 Nach der verheerenden Bilanz der letzten Silvesternacht hat eine Petition der Polizeigewerkschaft
1151 innerhalb weniger Tage fast zwei Millionen Unterschriften verzeichnet, die der
1152 Bundesinnenministerin bereits übergeben wurden. In der Breite der Bevölkerung ist das Ausmaß
1153 des Problems eindeutig angekommen.

1154

1155 **Initiativantrag 1 (ABWEISUNG)**

1156 **Antragsteller: Uwe Meinholt, Abteilung 12/06 Lübars/Waidmannslust/Wittenau**
1157 **Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:**

1158

1159 **Nichtmilitärischen Friedenssicherung in den Koalitionsverhandlungen.**

1160

1161 ~~Der Parteiverstand, die Bundestagsfraktion und die SPD-Vertreter*innen bei den~~
1162 ~~Koalitionsverhandlungen werden aufgefordert, sich für die Verankerung folgender Zielsetzungen~~
1163 ~~im Koalitionsvertrag mit der Union und bei ihren sonstigen politischen Anstrengungen~~
1164 ~~einzusetzen:~~

1165

1166

1167

1168

1169

1170

1171 Die Bundesregierung nutzt den durch die beschlossene Grundgesetzänderung geschaffenen
1172 finanziellen Spielraum für die Außen- und Sicherheitspolitik im Sinne eines erweiterten
1173 Sicherheitsbegriffs, um neben militärischen Maßnahmen, Maßnahmen der Inneren und Cyber-
1174 Sicherheit auch für nichtmilitärische Mittel der Friedenssicherung – Entwicklungszusammenarbeit,
1175 Zivile Krisenprävention und Konfliktregelung, Humanitäre Hilfe, Stärkung der Vereinten Nationen
1176 und Organen der Internationalen Gerichtsbarkeit – hinreichende zusätzliche Haushaltssmittel
1177 bereitzustellen.

1178

Begründung:

1180

1181 Die Folgen der auf eine Zerstörung der regelbasierten internationalen Ordnung wie der
1182 Grundlagen der bisherigen transatlantischen Beziehungen, aber auch auf Aushöhlung globaler
1183 humanitärer Sicherungssysteme ausgerichteten Politik der Trump-Administration – Flucht,
1184 Vertreibung, Hunger und Elend in vielen Teilen der Welt – können nicht allein durch Stärkung der
1185 Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas aufgefangen werden, sondern bedürfen einer
1186 gleichwertigen Stärkung der nichtmilitärischen Mittel der Friedenssicherung, wie sie als Prinzip
1187 bereits einmal im Wahlprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2017 formuliert wurden.

1188

Initiativantrag 2 (ERLEDIGUNG)

1189 Antragsteller: Abteilung 12/04 Heiligensee/Konradshöhe/Tegelort

1190 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,

1191 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

1192

1193 Aufstellung von Schaukästen der politischen Parteien auf öffentlichen Straßenland von
1194 Gebühren befreien.

1195

1196 Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, dass die Aufstellung von Schaukästen auf öffentlichen
1197 Straßenland, die politische Informationen von Parteien enthalten, gebührenfrei ist. Hierzu ist die
1198 Sondernutzungsgebühren Verordnung in Berlin entsprechend anzupassen.

1199

Begründung:

1200

1201 Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Parteidemokratie. Die Parteien sind dafür
1202 verantwortlich, politische Meinungen zu bündeln und in reale Politik umzusetzen (Art. 21 I GG).
1203 Zugleich müssen Parteien über ihre Standpunkte aber auch informieren können. Die Aufstellung
1204 von Schaukästen auf öffentlichen Straßenland ist seit Jahrzehnten einer der wenigen
1205 Möglichkeiten, Menschen direkt auf der Straße anzusprechen und über Standpunkte der Parteien
1206 zu informieren. Die Erfahrung zeigt, dass viele Menschen diese niedrigschwellige Möglichkeit zur
1207 Informationsgewinnung nutzen.

1208

1209

1210

1211

1212

1213

1214 Mittlerweile werden jedoch hohe Sondernutzungsgebühren für die Aufstellung der Schaukästen
1215 verlangt, die die Parteien sich nicht mehr leisten können und die dazu führen, dass die
1216 Schaukästen abgebaut werden müssen. Um einen Abbau der Schaukästen zu verhindern und
1217 weiterhin einen niedrigschwlligen Zugang zu Informationen der Parteien zu ermöglichen, soll die
1218 Aufstellung entsprechender Schaukästen deshalb künftig gebührenfrei sein.
1219

1220 **Initiativantrag 3 (ANNAHME)**

1221 Antragsteller: Geschäftsführender Kreisvorstand der SPD Reinickendorf und Jörg Stroedter, MdA
1222 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,
1223 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

1224 **Geflüchtete Menschen menschenwürdig unterbringen, Infrastruktur für alle stärken.**

1225 Die SPD Berlin bekennt sich zum Ziel einer dezentralen Unterbringung geflüchteter Menschen.
1226 Es ist uns bewusst, dass dies unter der aktuellen Situation des Berliner Wohnungsmarkts eine
1227 große Herausforderung und nur langfristig zu bewältigende Aufgabe ist, weshalb kurz- und
1228 mittelfristig auch weiterhin Gemeinschaftsunterkünfte zur Unterbringung und Versorgung
1229 geflüchteter Menschen notwendig sein werden.

1230 Die SPD begrüßt die Pläne der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration,
1231 Vielfalt und Antidiskriminierung für eine Reduzierung der Kapazitäten des Ankunftscentrum Tegel.
1232 Eine Ausweitung der Kapazitäten, wie sie von Teilen der CDU gefordert wird, lehnen wir
1233 entschieden ab. Die Unterbringung von vielen tausend Menschen auf engstem Raum ohne
1234 ausreichende Privatsphäre, Beschäftigung und Betreuung schürt Konflikte, behindert die
1235 Integration und ist eine schwere Belastung für die ohnehin oftmals traumatisierten Menschen. Die
1236 SPD fordert mindestens eine Halbierung der derzeitigen Kapazität.

1237 Der Berliner Senat wird aufgefordert, für die Überlegungen zu einer neuen
1238 Gemeinschaftsunterkunft auf dem Gebiet des ehemaligen Flughafen Tegel das gesamte Gelände
1239 zu betrachten, um einen Standort zu finden, der verkehrlich gut angebunden ist und zum Beispiel
1240 in Erweiterung des geplanten Schumacher-Quartiers an ein Wohngebiet und dessen Infrastruktur
1241 angebunden ist und im Sinne einer nachhaltigen Planung später ggf. für studentisches Wohnen
1242 und/oder Seniorenwohnen genutzt werden kann.

1243 Die Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft auf dem militärischen Teil des ehemaligen
1244 Flughafens Tegel Nord kann nur erfolgen, wenn die Infrastruktur für das gesamte Gebiet
1245 sichergestellt wird.

1246 Dazu gehören die öffentliche Widmung aller Straßen in der Cité Guynemer finanziert durch das
1247 Land Berlin sowie die Übernahme und der Betrieb des Pumpwerkes in der Cité Guynemer durch die
1248 Berliner Wasserbetriebe und die Sanierung und der bedarfsgerechte Ausbau der Leitungen.

1256 Cité Gynemer und die neue Gemeinschaftsunterkunft müssen durch eine Buslinie besser an ÖPNV
1257 angeschlossen werden und das Naherholungsgebietes des Flughafensees durch eine intensivere
1258 Pflege und eine bessere Ausstattung mit Toilettenanlagen und Müllbehältern geschützt werden.
1259

1260 In Zusammenarbeit mit dem Bezirk Reinickendorf muss sichergestellt werden, dass die soziale
1261 Infrastruktur ausgebaut wird. Dazu gehören ausreichende Kita- und schulplätze, sowie Jugend-
1262 und Stadtteileinrichtungen für alle Anwohnenden.
1263

1264 Mit der Stärkung baulichen und sozialen Infrastruktur erhalten die bestehenden Wohngebiete am
1265 nördlichen Teil des Flughafens Tegel eine deutliche Verbesserung der Situation vor Ort, womit eine
1266 gute Akzeptanz der Flüchtlingseinrichtung und die Integration der dort untergebrachten
1267 Menschen erreicht werden kann.
1268

1269 Initiativantrag 4 (RÜCKNAHME wegen Erledigung)

~~1270 Antragsteller: Ingo Todtenkopf, Abteilung 12/01 Borsigwalde/Tegel-Süd~~
~~1271 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,~~
~~1272 Der Landesvorstand der SPD Berlin möge beschließen,~~
~~1273 Und der Geschäftsführende Kreisvorstand (GKV) möge diesen Beschluss an die Genossinnen und~~
~~1274 Genossen in den Koalitionsgesprächen weiterleiten:~~

~~1275~~
~~1276 Demokratiefördergesetz.~~
~~1277~~

~~1278 Die Berliner SPD fordert, dass die Einbringung eines Demokratiefördergesetzes in den~~
~~1279 Koalitionsvertrag mit der CDU für die Bildung der neuen Bundesregierung aufgenommen~~
~~1280 wird.~~

~~1281~~
~~1282 Begründung:~~
~~1283~~

~~1284 In einem bereits vorliegenden Gesetzentwurf werden „Rassismus, Antisemitismus,~~
~~1285 Antiziganismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit,~~
~~1286 Sexismus, Behindertenfeindlichkeit und Extremismen wie Rechtsextremismus, islamistischer~~
~~1287 Extremismus, Linksextremismus“ sowie „Hass im Netz, Desinformation und~~
~~1288 Wissenschaftsleugnung“ als Gefahren für die Demokratie genannt.~~

~~1289 Konkret gefördert werden sollen unter anderem Initiativen zur „Stärkung und Förderung~~
~~1290 demokratischer Werte“ und des demokratischen Engagements, Projekte zur „Selbstermächtigung~~
~~1291 und Selbstbestimmung der von Diskriminierung betroffenen Gruppen“ sowie Maßnahmen zur~~
~~1292 Extremismusprävention. Zudem sollen überregionale Strukturen gefördert werden, „die Opfer von~~
~~1293 politisch und ideologisch motivierter Gewalt sowie Betroffene von Diskriminierung im gesamten~~
~~1294 Bundesgebiet beraten und unterstützen“.~~

~~1295~~
~~1296~~
~~1297~~
~~1298~~
~~1299~~

- 1300 Der Ärger über die kleine Anfrage zur »politischen Neutralität staatlich geförderter
1301 Organisationen« der Union war groß und wurde als einen „Angriff auf die Zivilgesellschaft“
1302 gesehen. SPD-Partei- und Fraktionschef Lars Klingbeil sprach von einem „Foulspiel“.
1303
1304 Die SPD muss bereits im Koalitionsvertrag deutlich machen, dass mit ihr nicht nur eine
1305 Einschüchterung der betroffenen Institutionen verhindert wird, sondern das gerade jetzt diese
1306 Koalition das Engagement der Bürger für den Erhalt der Demokratie stärkt!

